

Helmut Schauer, Sekretär des Kuratoriums NOTSTAND DER DEMOKRATIE
6 Frankfurt, Wilhelm Leuschner Str. 87, Telefon 0611 - 231525
Klaus Vack, Geschäftsführer der Kampagne für Demokratie und
Abrüstung, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon 0611 - 886051
Karl-Dietrich Wolff, SDS-Bundesvorsitzender
6 Frankfurt, Wilhelm Hauff Str. 5, Telefon 0611 - 776068

STREIK BRIEF

Frankfurt/Offenbach, 17. Mai 1968

Liebe Freunde,
Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen!

Die zweite Lesung des Notstandsverfassungsgesetzes ist über die Bühne eines Bundestages gegangen, dessen Mehrheit sich als gefügiges Instrument der Großen Koalition erwies. Selbst der minimale Rest von Oppositionsneigung in der SPD-Fraktion ist unter der Koalitionsdisziplin zusammengebrochen. Die namentliche Abstimmung wurde verhindert, damit die Wähler die Haltung der einzelnen Abgeordneten nicht kontrollieren können. Die viel berufene Gewissensbindung der Abgeordneten ist zur Bindungslosigkeit gegenüber den Wählern und ihrem Willen und zum Disziplinärelement der Koalitions-Exekutive geworden.

Die Sprecher der Koalitionsfraktionen haben schon Nachrufe auf den Verfassungskampf gehalten. Es scheint, daß der Umbau des demokratischen Grundgesetzes zur Verfassung eines autoritären Staates bereits nach dieser zweiten Lesung unwiderruflich vollzogen ist. Solange aber die endgültige Entscheidung nicht perfekt ist, müssen wir schon deshalb mit Kampfmaßnahmen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze antreten, weil nur damit der allgemeine Widerstand gegen den rapiden Übergang zum autoritären Staat aufgebaut und gefestigt werden kann. Auch eine Niederlage im Kampf um die Verfassung wäre in klarer Kampfstellung und bei konzessionsloser nüchterner Einschätzung der Situation weniger schwerwiegend als wenn wir sie in Resignation über uns ergehen lassen.

Es kommt jetzt darauf an, daß wir in den Aktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsverfassung in einer Bewegung, die bis zu der für den 29. Mai vorgesehenen dritten Lesung ununterbrochen Tag für Tag anhält und sich steigert, den allgemeinen Zusammenhang zwischen der Notstandsverfassung und der autoritären Tendenz dieser kapitalistischen Gesellschaft einsichtig machen. Dann wird die Bewegung der realen Demokratie in der Bundesrepublik den künftigen Erfordernissen - wie immer sie aussehen - so gut wie nur irgend möglich gewachsen sein. Wir können jetzt nicht nur im alten Demonstrationstrott fortfahren. In Bonn ist noch nicht einmal der Sternmarsch der 70.000 ernst genommen worden. Wenn die außerparlamentarische Opposition Kampfmaßnahmen ergreift, bei denen sie mit der Polizei in Konflikt gebracht wird, wird sie von den Herrschenden als anti-demokratisch und gewalttätig verschrien, wenn sie diszipliniert demonstriert verlacht und verzerrt man ihre Argumente in der Öffentlichkeit.

Jetzt sind nur noch ernsthafte Kampfmaßnahmen sinnvoll, die zeigen, daß wir uns nicht unter die Notstandsverfassung beugen werden. Solche Maßnahmen wirken mobilisierend, denn die Masse kritischer Menschen spürt sehr wohl, daß der Kampf jetzt auf einer neuen Stufe fortgesetzt werden muß. Die Aktionen der letzten Tage haben gezeigt, daß wir neue Menschen in Bewegung bringen, wenn die Aktionen der Situation entsprechen.

Deshalb haben wir den DGB dazu aufgerufen, eine Bewegung allgemeinen Streiks zu entfalten. Auch die Forderung an den DGB nach dem Generalstreik gegen die Notstandsgesetze ist legitim und politisch richtig. Was wir tun können ist - ausgehend von den Vorlesungsstreiks an den Hochschulen, den Unterrichtsverweigerungen der Schüler und den schon stattgefundenen Warnstreiks einiger Betriebe - solche Streikaktionen zu verbreitern und zu unterstützen.

Zu einem Generalstreik nach preußisch-deutscher Art wird es wohl kaum kommen. Es hat sich aber nicht nur in Frankreich gezeigt, daß es bei der Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten durchaus ein Potential an Spontarität gibt, das freigesetzt werden kann.

Erfahrungen aus Frankfurt

In Frankfurt hat es am Mittwoch und Donnerstag eine ganze Reihe von Warnstreiks, go-ins und Aktions-Diskussionen gegeben, die als Modell zur Anregung dienen können.

Von Vertrauensleuten und Betriebsräten, die am Sternmarsch teilgenommen hatten, wurden diese Aktionen durch Diskussionen in den Betrieben vorbereitet. Am Mittwochmorgen wurden vor den Betrieben Flugblätter mit der Aufforderung zu Warnstreiks verteilt. In einem Betrieb sind die Kollegen dann beispielsweise nach der Frühstückspause auf die Straße und zum nächsten Betrieb gegangen, um dort die Kollegen zur Solidarisierung aufzufordern. Trotz Einschüchterung durch den Pförtner sind die Kollegen in den Hof des benachbarten Betriebs gegangen, den sie erst nach längerer Diskussion wieder verließen. Zunächst geschah nichts, aber nach der Mittagspause zogen auch die Arbeiter dieses zweiten Betriebs zum ersten, um dort den Kollegen ihre Solidarität zu bezeugen.

Ein stimulierendes Moment war dabei natürlich der Streik an der Universität und die Aktionen der Schulen. Die Kollegen sagten: "Was die Studenten können, das können wir auch." Dabei haben sich die Kollegen nicht einfach mit den streikenden Studenten solidarisiert, sondern sie wollten selbst gegen die Notstandsgesetze kämpfen.

Am selben Tag zogen etwa 1000 Schüler zur IG Metall, wo sie Otto Brenner zu sprechen wünschten. Wie aus der Presse zu erfahren war, lehnte dieser eine allgemeine Diskussion ab, bot aber ein Gespräch mit einer Delegation an, was aber wiederum die Mehrheit der Schüler nicht akzeptierte. Diese zogen daraufhin in das Frankfurter Gewerkschaftshaus, wo sie mit Funktionären der örtlichen und regionalen Gewerkschaftsorganisationen diskutierten.

Auf Einladung des "Frankfurter Aktionsausschusses gegen die Notstandsgesetze" fand dann am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine

Versammlung zur Diskussion weiterer Aktionen statt, an der Vertrauensleute, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Schüler und Studenten - insgesamt etwa 2.500 Personen - teilnahmen. Dabei wurde besonders von Kollegen aus den Betrieben heftige Kritik an der mangelnden Kampfbereitschaft des DGB und seines Bundesvorstandes vorgetragen und eine Welle von Aktionen und Warnstreiks gefordert, die in einem lokalen Sternmarsch der arbeitenden Bevölkerung während der Arbeitszeit am 27. Mai gipfeln sollen.

Im Zusammenhang mit dieser Bewegung hat der Landesbezirk Hessen des DGB in einem Schreiben an die Fraktionen allen Abgeordneten, die für die Notstandsgesetze stimmen, seine Unterstützung aufgekündigt und vom Bundesvorstand des DGB gefordert, für den 27. Mai Streiks auszurufen.

Der DGB-Bundesvorstand hat nicht nur die Forderung nach dem Generalstreik "grundsätzlich" abgelehnt, er hat zugleich die Stirn gehakt, sich noch während der zweiten Lesung in Bonn von dem Schreiben des Landesbezirks an die Abgeordneten zu distanzieren und sich bei den Fraktionen der Koalition zu "entschuldigen".

Sowie die Streikaktionen in Frankfurt größere Gruppen in Bewegung brachten und die Diskussion in den Gewerkschaftsorganisationen förderten, muß vorerst bis zum 29. Mai überall pausenlos daran gearbeitet werden, die politische Apathie durch praktikable Vorschläge für Widerstandsaktionen aufzulösen.

Die Welle der Aktionen läuft schon an

An vielen Hochschulen sind und werden Aktionszentren eingerichtet, die bis zum 29. Mai Tag und Nacht arbeiten werden. Die Studenten werden Agitationstrupps bilden, die Flugblätter verteilen, die bereit sind, an betriebsspezifischen Agitationsflugblättern mitzuarbeiten, Redner und Diskutanten stellen und so weiter.

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze entspricht gleichermaßen den Interessen der Studenten, Arbeiter, Angestellten und Beamten. Alle Gruppen müssen selbständig, aber in solidarischer Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung ihre Aktionen vorbereiten. Vom 27. bis 29. Mai werden die Universitäten erneut besträkt. Ebenso wird die Arbeitsruhe an den Oberstufen der Schulen vorbereitet und hergestellt.

Auch in den unmittelbar produzierenden Arbeitsstätten hat die Vorbereitung auf den 27. Mai bereits begonnen. Schon haben ÖTV-Kollegen in einer großen Stadt erklärt, daß sie in ihrem Streik auch die Stromversorgung einstellen würden.

Es muß jetzt die gesamte Aktivität aller Notstandsgegner auf diese Aktionen gelegt werden. Wir können nicht auf die DGB-Spitze warten. Es kommt nicht auf einheitliche Termine an. Jeder Tag kann und muß ein Streik- und Aktionstag sein.

Die Diskussion muß in die Betriebe hineingetragen werden. Wieso dürfen nur die Studenten an ihren Arbeitsplätzen über politische Fragen diskutieren?

Muß es so sein, daß die Kollegen tagsüber wie Gefangene eingesperrt sind?

Es darf keinen Betrieb geben, in dem jetzt nicht die Vertrauensleute zusammentreten und über die Einleitung von Kampfmaßnahmen

beraten. Wo es notwendig ist, müssen mehrere Tage immer wieder Flugblätter verteilt werden. Dabei kommt es nicht nur darauf an, die Aspekte der Notstandsverfassung zu erläutern, sondern ganz konkret auf die Fragen der Kollegen einzugehen.

Wir können keine Rezepte geben, und wir wissen genau wie schwer unsere Aufgabe ist. Aber gerade im Widerstandscharakter und in der Entschlossenheit der Aktion liegt die Chance, eine breite Bewegung zu entfalten.

Es kommt auf Aktionen an, die wirklich Unruhe schaffen, die von den ausgetretenen Pfaden abweichen und die Möglichkeit geben, breiteren Schichten unsere Stellungnahme zu erläutern. Die Phantasie und Festigkeit dazu haben wir, und wir werden sie nützen.

Wehrt euch jetzt! Treibt Bonn den Notstand aus!

gez.: Helmut Schauer gez.: Klaus Vack gez.: K.D.Wolff

PS: Flugblätter und sonstiges Aufklärungs- und Agitationsmaterial gegen die Notstandsgesetze und für unsere Aktionen müssen, orientiert an den örtlichen Gegebenheiten, vor allem auf lokaler Ebene selbst hergestellt werden. Zentral können wir deshalb nur eine kleine Auswahl von Materialien anbieten, die auf der beigefügten Bestellliste näher beschrieben sind.

Wir bitten dringend, von allen Flugblättern, Rundschreiben und sonstigen Materialien, die auf örtlicher Ebene herausgebracht werden, Exemplare jeweils an unsere vorstehend genannten Adressen zu schicken, damit wir, soweit wir organisatorisch überhaupt noch dazu in der Lage sind, die örtlichen Erfahrungen auswerten und weiter vermitteln können.